Sonnabend den 10. August. 1912.

Der sächsische Erzähler,

Amtsblatt
der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Tageblatt
für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend,
sowie für die angrenzenden Bezirke
Pulsnitz, Neustadt, Schirgiswalde 2c.

Sechsundsechzigster Jahrgang.
Telegr.-Adr.: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: **Belletristische Beilage;** jeden Freitag: **Der sächsische Landwirt;** jeden Sonntag: **Illustriertes Sonntagsblatt.**

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg., bei Zustellung ins Haus 1 Mk. 70 Pfg., bei allen Postanstalten 1 Mk. 50 Pfg. exklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 Pfg.

Bestellungen werden angenommen: Für Bischofswerda und Umgeg. bei unseren **Zeitungsboten,** sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Anzeigenpreis: Die 4gespaltene Korpuszeile oder deren Raum kostet für Inserate aus unserm Verbreitungsgebiete (Amtshauptmannschaften Bautzen und Kamenz, sowie den Amtsgerichtsbezirken Stolpen und Neustadt) 12 Pfg., für Inserate von außerhalb 15 Pfg. Die Reklamezeile 30 Pfg. Geringster Inseratenbetrag 40 Pfg.

Das Neueste vom Tage.

An der französischen und spanischen Küste herrschen heftige Stürme. Hundertfünfzig Fischerboote wurden zerstört. (Siehe Letzte Depeschen.)

•

Infolge starker Rauchentwicklung aus dem Kesselraum brach an Bord eines französischen Panzerschiffes im Hafen von Toulon eine Panik aus. Zweihundertfünfzig Matrosen sprangen ins Meer. (Siehe Letzte Depeschen.)

•

In Sofia fanden gestern die angekündigten großen Demonstrationen wegen des Kotschanazwischenfalles statt; es wurde eine Resolution gefaßt, die den Krieg gegen die Türkei verlangt.

•

Der russische Botschafter in Konstantinopel hat dem türkischen Minister des Auswärtigen die Versicherung gegeben, daß Rußland die montenegrinischen Zwischenfälle in freundschaftlicher Weise ausgleichen werde. (Siehe Letzte Depeschen.)

Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag.

Der 13. Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag trat am Montag in Würzburg zusammen. Der vom Vorsitzenden Oberbürgermeister Plate (Hannover), Mitglied des preußischen Herrenhauses, und Beirat Dr. Meusch dem Kammertage erstattete Tätigkeitsbericht der Geschäftsstelle läßt erkennen, daß die Arbeiten des deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages im vergangenen Jahre von dem Gedanken getragen waren, dem Handwerk die ihm gebührende Stellung als vollberechtigtes Mitglied im deutschen Erwerbsleben zu behaupten. Der Geschäftsführende Ausschuß hat auf Grund mehrfacher Anregungen aus der Praxis die im vorigen Jahre begonnenen Arbeiten auf dem Gebiete des Arbeitstarifvertrages fortgeführt. Ferner wurde die Frage einer Abhilfe gegen die Schädigung des Handwerks durch Konsumvereine zum Abschluß gebracht. Auch das Ausstellungswesen ist in den Kreis der Beratungen gezogen worden, und der Ausschuß kam zu dem Schlusse, daß insbesondere das gewerbsmäßige Unternehmertum auf diesem Gebiete zu bekämpfen ist. Der Kammertag ist ferner unausgesetzt bemüht gewesen, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß der erste Teil des Gesetzes über die Sicherheit der Bauforderungen keinen wirklichen Schutz gegen den Bauschwindel gibt noch geben kann. Die Regierungen sollten wirklich bei dem unglaublichen Bauschwindel mancher Großstädte einen Versuch mit dem zweiten Teil des Gesetzes machen. Die Förderung eines gesetzlichen Schutzes der Arbeitswilligen haben die deutschen Handwerks- und Gewerbekammern von jeher verlangt, und die Verbündeten Regierungen sind im letzten Jahre in einer Eingabe ersucht worden, einen dahinzielenden Gesetzentwurf tunlichst bald dem Reichstage zu unterbreiten.

An den Verhandlungen nehmen eine große Zahl von Regierungsvertretern teil. Das Reichsamt des Innern ist vertreten durch Geh. Oberregierungsrat Jaup, das sächsische Staatsministerium durch Geh. Oberregierungsrat Dr. Lautzsch. Ferner sind vertreten die Regierungen von Bayern, Württemberg, Hessen, Baden, das Preußische Landesgewerbeamt und der Hauptverband der deutschen gewerblichen Genossenschaften.

Die erste Hauptversammlung fand am Dienstag statt. Der Generalsekretär des Handwerks- und Gewerbekammertages Dr. Mensch (Hannover) nahm das Wort zu einer bemerkenswerten Ansprache an den Kammertag, in deren Verlauf er sich über die augenblickliche Lage der deutschen Handwerkspolitik verbreitete.

Unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung wandte sich der Redner der Frage der Aufhebung des § 100 q zu, indem er bemerkte, daß die weitere Beratung über diese Frage zwischen der Regierung und den Vertretern des Handwerks auf Wunsch der letzteren vertagt worden sei. Aus diesem Anlaß sei nun in jüngster Zeit die unwahre Behauptung hergeleitet worden, als ob damit die Frage endgültig von den Vertretern fallen gelassen worden sei. Mit erhobener Stimme fährt der Redner fort: Ich stelle ausdrücklich hier fest, daß das nicht der Fall ist. (Lebhafter Beifall.) Vielmehr halten wir uns nach wie vor an die Beschlüsse gebunden, die der Kammertag in dieser Beziehung gefaßt hat. (Sehr richtig.) Gerade um deswillen erschien ihren Vertretern eine Vertagung der Aussprache über diesen Gegenstand sehr erwünscht, weil sie sich von dem starren Festhalten an dem früheren Beschlusse nach dem Ergebnis der ersten Konferenz einen Erfolg nicht versprechen konnten, andererseits aber sich für die Zustimmung zu irgendeiner modifizierten Änderung des § 100 q ohne vorherige Fühlungnahme mit den berufenen Organen des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages nicht für befugt hielten. Die Angelegenheit ist heute zur Beratung noch nicht spruchreif. Ich kann lediglich darauf verweisen, daß eine Verschiebung der Sachlage stattgefunden hat, die eine nochmalige eingehende Stellungnahme des Kammertages bedingt. Wir werden zur rechten Zeit eine entsprechende Vorlage machen. (Beifall.)

Hierauf wandte sich der Redner einer Erörterung der Frage zu, wie dem den Interessen des Staates zweifellos am meisten schädlichen Abbröckelungsprozeß des Handwerks nach unten hin am besten vorgebeugt werden könne und bemerkte dazu: Die Reichsregierung muß das System ihrer Sozialpolitik einer gründlichen Revision unterziehen. Denn das steht außer allem Zweifel: die Sozialpolitik des Reiches mit ihren heutigen Tendenzen bedeutet eine Belastung des selbständigen Unternehmers, der der nicht kapitalkräftige Kleinhandwerker schlechthin nicht gewachsen ist. Seit Jahren haben wir den Schutz des Staates angerufen, um gegen die Anwendung des wirtschaftlichen Boykotts, um gegen die Vergewaltigung arbeitswilliger Arbeiter als gegen die beiden schlimmsten Auswüchse der Arbeiterbewegung Schutzmaßnahmen zu erreichen. Der Redner wies dann auf einige weitere Handwerkerforderungen hin, so das Verlangen nach der dringlichen Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker, die Einschränkung der wirtschaftlichen und politischen Übergriffe der Konsumvereine, die Einschränkung der Gefängnisarbeit. Die ganze politische Konstellation fordert das Handwerk und seine Vertretungen zur intensivsten Anspornung seiner Kräfte heraus. Nur dadurch wird das schöne Ziel, die Kräftigung des deutschen Handwerkerstandes, erreicht. (Stürmischer Beifall.)

Im weiteren Verlauf der Sitzung ereignete sich ein bemerkenswerter Zwischenfall. Der Vorsitzende der Berliner Handelskammer, Abgeordneter Rahardt, bemerkte in seinen Ausführungen zum staatlichen Submissionswesen, daß die Behörden die Notlage der Handwerker ausbeuteten. Darauf erhob sich der Vertreter der preußischen Regierung Geheimrat Dr. Franke und erklärte, es sei einem Regierungsvertreter unmöglich, ruhig die Verhandlungen anzuhören, wenn derartige Ausdrücke gebraucht würden. Er weise den Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück. Abg. Rahardt erklärte darauf, daß er von seinen Ausdrücken nichts zurückzunehmen habe. Darauf antwortete Geheimrat Franke, daß er den Verhandlungen nicht mehr anwohnen könnte, und verließ mit sämtlichen anderen Regierungsvertretern den Saal. Der Vorsitzende Bernhardt erklärte, der von Rahardt gebrauchte Ausdruck sei entschieden beleidigend und parlamentarisch nicht zulässig. Von dieser Entscheidung wurde den Regierungsvertretern Kenntnis gegeben. Darauf erklärte Geheimrat Franke, daß er damit den Vorfall für erledigt erachte. Die Regierungsvertreter nahmen dann wieder an den Verhandlungen teil.

Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit dem zweiten Thema des Tages, der Frage der Arbeitstarifverträge.

Kriegerische Stimmung in Bulgarien.

Sofia, 14. August. (Dep.) Gestern fand hier ein wegen der Affäre von Kotschana einberufenes Meeting unter ungeheurer Beteiligung statt. Die Teilnehmerzahl wird auf 30 000 geschätzt. Zahlreiche Gesellschaften und Korporationen, die schwarz umflorte Fahnen trugen, waren erschienen. Die Läden blieben geschlossen. Sämtliche Redner hielten sehr energische Reden und forderten die Regierung auf, die mazedonische Frage durch Krieg zu lösen. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, worin auf die fortgesetzten Provokationen der Türkei an der Grenze und auf die Verschleppungstaktik der Pforte gegenüber allen Schritten Bulgariens hingewiesen und hervorgehoben wird, daß unter die muselmanische Bevölkerung Waffen verteilt und türkische Banden zu derselben Zeit gebildet wurden, wo die bulgarische Bevölkerung Mazedoniens entwaffnet war. Die täglichen Morde — heißt es in der Resolution weiter — die fortgesetzten Metzeleien und Bedrückungen zwingen die Bewohner ganzer Städte Mazedoniens und des Wilajets Adrianopel zur Auswanderung, und während die Türkei die Bulgaren ausrottet, ermutigt und zieht sie gleichzeitig die mohammedanischen Albanesen heran, um auf diese Weise den bulgarischen Charakter der Bevölkerung Mazedoniens und Adrianopels auszu-